

CDU

Der Umwelt zuliebe

1983

Erste Tempo-30-Zone
wird eingeführt

1984

Neu für Autos: Kat
und bleifreies Benzin

1986

CDU gründet das
Bundesumweltministerium

1987

Das Ende von FCKW
wird besiegelt

1990

Der Grüne Punkt
wird eingeführt

1994

Umweltschutz kommt
ins Grundgesetz

1996

CDU gegen Elektro-Smog
durch Handys

2008

Sicherheit durch den
Gebäude-Energiepass

2011

Ein Plan für den Umstieg
auf saubere Energie

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt Umweltschutz	
Visionäre Frauen	5
Systemwechsel EEG 2.0	7
Tierschutz	
Keine Tierversuche für Kosmetika	9
Frau im Gespräch	
Elke Hannack	10
Frau & Info	11
Mütterrente	
Für 8 Millionen Mütter Rentenplus	12
Frau vor Ort	
Fit für Politik	14
Frau & Info	15
Impressum	15



Liebe Frauen,

mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel steht seit 2005 eine Frau an der Spitze Deutschlands. Wir als Frauen Union wollen noch mehr Frauen für Angela Merkel begeistern, damit sie Bundeskanzlerin bleibt. Die Frauen Union der CDU und die Frauen-Union der CSU stehen zusammen und senden mit der Münchner Veranstaltung "Frauen für Merkel – Gut für Deutschland" ein überzeugendes Zeichen der Unterstützung für Angela Merkel ins Land. Deutschland ist bei ihr in guten Händen.

In den Monaten bis zur Bundestagswahl am 22. September 2013 müssen wir deutlich machen, dass es zu einer unionsgeführten Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel keine Alternative gibt. Die rot-grünen Steuerpläne sind nur ein Beispiel dafür, dass unser Land weiter von Angela Merkel regiert werden muss! Sonst gibt es Steuererhöhungen auf breiter Front.

Unsere Bundesregierung steht dagegen für Haushaltskonsolidierung und Entlastungen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat im Mai seine Prognosen für die Steuereinnahmen der Jahre 2013 bis 2017 veröffentlicht. Die prognostizierte Steigerung der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen um gut 100 Milliarden Euro zeigt, dass es aus Haushaltssicht keine Argumente für die Steuererhöhungspläne von der rot-grünen Opposition gibt.

Die Union will im Gegenteil Steuerentlastungen durch den Abbau der kalten Progression. Aus parteipolitischen Gründen haben die Sozialdemokraten die Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen im Bundesrat blockiert. Statt sich unserem Weg anzuschließen, wollen die Sozialdemokraten einfach mal wieder die Einnahmen erhöhen.

Die SPD-Kindergeldpläne würden jede dritte Familie belasten. Durch die Abschaffung der Freibeträge kämen auf ein Drittel der Familien Mehrkosten in Höhe von durchschnittlich 45 Euro im Monat zu. Diese Pläne sind weder gerecht noch zielgenau.

Das neue Kindergeld der SPD für Familien mit Einkommen bis 3.000 Euro/Monat soll durch Streichungen bei anderen Familien bezahlt werden. Die SPD erzählt eine Legende. Es sind gerade nicht nur die „reichen“ Familien, die vom Freibetrag für Kinder profitieren, sondern vor allem Familien aus der Mittelschicht. Fast dreißig Prozent aller Eltern profitieren vom Kinderfreibetrag. Für Alleinerziehende treten die Nachteile beispielsweise schon ab einem zu versteuernden Einkommen von mehr als 31.700 Euro im Jahr ein.

Es ist keine in die Zukunft ausgerichtete Politik, Familien gegeneinander auszuspielen. Die SPD-Streichungspläne treffen die Mitte der Gesellschaft.

Die Steuerpläne der Grünen zielen in die gleiche Richtung. Berechnungen zeigen, dass ein Ehepaar mit zwei Kindern schon ab einem gemeinsamen monatlichen Bruttolohn von 5.151 Euro mehr Steuern zahlen müsste. Damit träfen die Grünen wieder viele Bürgerinnen und Bürger in der Mitte. Hinzu kämen neue Steuern und Abgaben. Die Sächsische Zeitung beschreibt es wie folgt: „Die Reichen belasten klingt einfach. Wer sich die Zahlen aus dem grünen Wahlprogramm ansieht, bekommt aber unter Umständen das Gefühl, auch als Nichtreicher sei man irgendwie betroffen – wenn nicht bei der Einkommensteuer, so möglicherweise bei den Krankenversicherungsbeiträgen. Es ist einfach ein bisschen viel auf einmal, was sich die Grünen da vorgenommen haben.“ Rot-Grün setzt sich für eine Bürgerversicherung an Stelle von privaten und gesetzlichen Krankenkassen ein. Eine Studie des IGES-Instituts für die Bertelsmann-Stiftung zeigt, dass schon mittlere Einkommen empfindlich belastet würden.

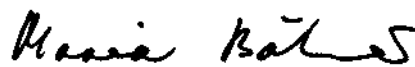
Rot-Grüne Steuerreformpläne sind einfach teuer für die Mitte, besonders für die Familien. Diese Botschaft müssen wir offensiv verbreiten.

Ein weiteres Themenfeld, welches wir den Grünen nicht überlassen dürfen ist die Umweltpolitik. Im Gegensatz

zu den Grünen ist Umweltschutz für uns keine Frage von flotten Sprüchen oder bunten Protestschildern, sondern von konkreten Handlungen. Wer hat bereits 1987 das Ende von FCKW besiegelt oder bereits 1991 die Energiewende eingeläutet: die Union! Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Ursula Heinen-Esser beschreibt in ihrem Beitrag für diese Ausgabe der „Frau & Politik“ die Rolle der Frauen in der Umweltbewegung. Thomas Bareiß, der Koordinator in Energiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erläutert die Herausforderungen der Energiewende. Lassen Sie uns in der politischen Auseinandersetzung selbstbewusst für unsere Positionen und Erfolge werben.

Wir wollen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt!

Herzlichst
Ihre



Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



30 Jahre lang reden und Plakate malen ..

... so sieht die Umweltpolitik der Grünen aus.

Anders als die Grünen hat die Union nicht nur geredet, sondern gehandelt.

1983 wurde die erste Tempo-30-Zone eingeführt – von wem? – CDU-Bürgermeister Uwe Hampe in der Innenstadt von Buxtehude. Die Unfallzahlen halbierten sich und eine Idee setzte sich durch.

1986 gründet die CDU fünf Wochen nach der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl das Bundesumweltministerium.

2011 zieht die Bundesregierung Konsequenzen aus der Katastrophe von Fukushima. Nach einem Sicherheits-Check der AKW werden acht Meiler vorsorglich vom Netz genommen. Ein Plan für den Umstieg auf saubere Energie wird umgesetzt.



Frauen haben die über hundertjährige Entwicklung der Umweltbewegung entscheidend geprägt. Es wurde Zeit, dies einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen!

Visionäre Frauen

Der Stern hat kürzlich das „Jahrhundert der Frauen“ ausgerufen. Die „testosterongetränkte Welt“ sei dem Untergang geweiht, schreibt Hans-Ulrich Jörges in einer seiner Kolumnen: „Unsere Zukunft ist weiblich – das haben Männer nun zu begreifen. Das vergangene Jahrhundert war das der formalen, der rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter (...) Im neuen Jahrhundert werden sich Frauen endlich das nehmen, was ihnen zusteht. In der Partnerschaft, in der Gesellschaft, in den Sozialsystemen, in der Wirtschaft, in der Politik“. Na, dann schau wir mal! In seiner Einladung zur Eröffnung der Ausstellung „Ihrer Zeit voraus. Visionäre Frauen im Einsatz für den Umwelt- und Naturschutz 1899 bis heute“ hat Bundesumweltminister Peter Altmaier jedenfalls darauf verwiesen, dass dies nun insbesondere für den Umweltschutz gelten müsse.

Gerade dort, wo man aufgrund der Nähe von Umwelt- und Frauenbewegung erwarten könnte, dass besonders viele Frauen in Führungspositionen tätig wären, gibt es nämlich wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch erheblichen Nachholbedarf! Die CDU stellt immerhin zwei weibliche Staatssekretärinnen im BMU, eine Landesumweltministerin und eine umweltpolitische Sprecherin in der Bundestagsfraktion! Es gibt eine wachsende Zahl engagierter Frauen in den Ländern und in den Gremien der Partei im Bereich von Umwelt und Energie, also ein großes Potential auch für künftige Besetzungen. Klar ist genauso für uns wie für alle anderen Parteien, Verbände, gesellschaftlichen Gruppen und in der Wirtschaft: Umwelt- und Naturschutz in Vergangenheit und Gegenwart sind ohne die Leistung von Frauen undenkbar, aber

in den Führungspositionen wird dies noch immer nicht entsprechend abgebildet. Um deutlich zu machen, wie umfassend, vielfältig, hartnäckig, teilweise risikobereit, aber vor allem visionär das Engagement von Frauen war und ist, und auch, um zur Nachahmung anzuregen und zu motivieren, hat das BMU die Ausstellung zu Frauen und Umweltschutz konzipiert.

Professor Joachim Radkau schreibt in seinem Buch „Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte“: „Die Rolle der Frauen in der Umweltbewegung ist deutlich markanter als in den meisten anderen großen Bewegungen der Geschichte. Und besonders hier kommt es darauf an, auf die Menschen und nicht auf die Organisationsstrukturen zu schauen“. Genau deshalb haben wir in unserer Ausstellung exemplarisch Biografien von Frauen herausgesucht, die es verdient haben, aufgrund ihrer visionären Leistungen portraitiert zu werden. Ob als Unternehmerinnen, Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen, Netzwerkerinnen oder als Aktivistinnen: Sie alle eint das Engagement für eine nachhaltige Zukunft unseres Planeten und künftiger Generationen – ein Thema, das Frauen vielleicht besonders am Herzen liegt. Eine der portraitierten Frauen ist unsere Kanzlerin, die bereits als Umweltministerin wegweisende Beschlüsse zum Schutz des Klimas vorgebracht hat. Knapp drei Jahre nach der Konferenz von Rio führte sie 1995 als gastgebende Umweltministerin beim UN-Klimagipfel in Berlin den Vorsitz. Ihrem Verhandlungsgeschick ist es zu verdanken, dass konkrete Ergebnisse zustande gekommen sind, die Voraussetzung waren für das spätere Kyoto-Protokoll. Als Bundeskanzlerin hat



sie die Energiewende eingeleitet, die als Befriedung eines jahrzehntelangen Kampftemas und als Richtungsentscheidung für eine nachhaltige Energieversorgung eines der größten Industrieländer schon jetzt „historisch“ genannt werden kann. Diese Energiewende ist ohne den Einsatz von Frauen undenkbar. Ob in den Unternehmen, auf Messen, in den Universitäten: überall begegnet man Frauen, die moderne Technologien entwickeln, als erfolgreiche Managerinnen Unternehmen führen, ökologische Produkte entwickeln oder als Wissenschaftlerinnen Vordenkerinnen sind im Bereich der Nachhaltigkeit.

Die Frage, ob Frauen eine spezifische Naturnähe haben, wird in der Wissenschaft und auch im Bereich der Umweltbewegung sehr kontrovers diskutiert. Ohne dieses „Wespennest“ zu betreten, mache ich doch meine Erfahrungen im Alltag, die gewisse Rückschlüsse zulassen – als Politikerin, als Mutter einer Tochter, als Bürgerin. Diese Erfahrung besagt, dass Frauen tatsächlich, gerade „vor Ort“ und in der praktischen Umsetzung von Umweltschutz, eine besondere Nähe zur Nachhaltigkeit zeigen. Sie ist vielen ein Herzensanliegen. Das fängt beim Müllsammeln an, geht über die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder von Car-Sharing-Angeboten bis hin zur Pflege von Gärten, dem Bewusstsein für gesunde Ernährung oder für ökologisch produzierte Kleidung oder Kosmetika. Ich wage die These, dass Frauen hier „weit vorne“ sind.

Auch in der Politik habe ich positive Erfahrungen gesammelt. So waren es Frauen aus allen Parteien, die einen parteiübergreifenden Konsens zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Bereich der Asse gefunden haben – der größten klaffenden Wunde in der Natur, wie Minister Altmaier sagt. Hier hat Verantwortungsbe-

reitschaft über parteipolitische Profilierung gesiegt. Die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II ist kein regionales Thema, sondern liegt in der Verantwortlichkeit des ganzen Landes und der Politik insgesamt. Das haben wir Frauen erkannt und damit auch das Thema der gemeinsamen Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle ein großes Stück weiter vorangebracht, ein Thema, das jetzt durch den zweiten parteiübergreifenden Bund-Länder Konsens nach jahrzehntelangem Streit endlich auf einem guten Weg ist.

Viele bedeutende Frauen haben dazu beigetragen, dass Politik für kommende Generationen, dass Nachhaltigkeit aus dem Zentrum von Politik nicht mehr wegzudenken ist. Man denke nur an den Brundtland-Bericht von 1985 „our common future“, oder an die Studie „zukunfts-fähiges Deutschland“, die Angelika Zahrnt, die erste weibliche Vorsitzende eines der größten deutschen Umweltverbände, des BUND, auf den Weg gebracht hat.

Viele junge Frauen orientieren sich an diesen Vorbildern. Das ist der tiefere Sinn der Ausstellung, die das Bundesumweltministerium zeigt. Kaum ein Themengebiet lebt so sehr vom persönlichen, individuellen Engagement. Dabei kommt es auf jede von Ihnen an! Als Partei mit dem „C“ im Namen, ist Nachhaltigkeit sozusagen unser Kerngeschäft. Ich würde mich freuen, wenn diese besondere Verbindung von uns als Frauen und von uns als Christdemokratinnen nicht nur im Alltag, sondern auch in Ämtern und Funktionen noch deutlicher sichtbar würde.

Ursula Heinen-Esser MdB ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Systemwechsel EEG 2.0



Die Bezahlbarkeit der Energiewende, der Netzausbau und die Förderung der erneuerbaren Energien stehen im Vordergrund der energiepolitischen Debatten. Der Beauftragte der Energiekoordinationsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt einen Überblick.

Die Energiewende bedeutet einen umfassenden Wandel des Energiesystems hin zu einer sicheren, bezahlbaren und umweltfreundlichen Energieversorgung. Dieses Jahrhundertprojekt kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden, sondern muss Stück für Stück vorangetrieben werden.

Ein wichtiges Ziel ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung weiter sinnvoll zu erhöhen. Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent steigen. In den vergangenen vier Jahren haben wir es geschafft, den Anteil erneuerbarer Energien von 15 Prozent auf rund 25 Prozent auszubauen. Damit haben wir die erneuerbaren Energien, so schnell ausgebaut, wie keine Regierung zuvor. Mit dieser Entwicklung ist Deutschland auf der ganzen Welt zum Vorreiter und Vorbild geworden.

Doch mit dem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien sind auch die Stromkosten gestiegen. Deshalb war es richtig, dass wir die Förderung der erneuerbaren Energien Stück für Stück angepasst und eine Überförderung der erneuerbaren Energien rechtzeitig eingedämmt haben. So zahlt der Verbraucher heute rund 70 Prozent weniger für die Solarenergie als noch im Jahr 2009, ohne dass der Ausbau der Solarenergie gebremst wurde. Jetzt braucht es aber mehr als immer wieder neue Förderkürzungen. Es braucht einen Systemwechsel, ein EEG 2.0, mit dem mehr Markt und Wettbewerb erreicht wird. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der konventionellen Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, muss miteinander verbunden werden.

Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien bedeutet aber auch, dass die Stromnetze ausgebaut werden müssen. Der Strom aus Windanlagen im Norden muss in den Süden transportiert werden. Hauptursache für den bisher schleppenden Ausbau sind lange Planungs- und Genehmigungsverfahren. Deshalb haben wir mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz eine Bündelung der Zuständigkeit beim Bund erreicht und dadurch die Planungs- und Genehmigungsverfahren von zehn auf vier Jahr verkürzt. Darüber hinaus haben wir mit dem Bundesbedarfsplan den Startschuss für den Bau von 2 800 km neuen Leitungen und den Ausbau von 2 900 km bestehenden Leitungen gegeben. Auch werden erstmals neue Technologien, wie Hochtemperaturseile, Hochspannungs-Gleichstrom-Technologien und Erdkabel erprobt. Das bedeutet in Zukunft eine noch effizientere Netznutzung.

Die Nutzung erneuerbarer Energien birgt aber noch immer technische Defizite, die sich auf die Versorgungssicherheit in Deutschland auswirken. Die aus Sonne und Wind gewonnene Energie ist nicht zu jeder Zeit verfügbar. Um auch in sonnen- und windarmen Stunden die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten braucht es auch künftig einen Energiemix mit effizienten Kohle- und Gaskraftwerken die in diesen Zeiten zur Verfügung stehen und das Defizit durch die fehlende Sonne oder Wind ausgleichen. Deshalb gilt es, die Bereiche Erzeugung, Infrastruktur, Speicher, Nachfrage und Marktdesign miteinander zu verzahnen. Dabei wird entscheidend sein, ob es



Foto: dpa | Stephanie Plick

uns gelingt, Speichertechnologien zur besseren Integration der erneuerbaren Energien zu entwickeln und in den Energiemarkt zu integrieren. Deshalb fördern wir heute schon sowohl betriebsbereite Energiespeichertechnologien als auch die Erforschung neuer Speicher mit rund 200 Mio. Euro. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur Systemstabilität.

Ein weiterer elementarer Bestandteil dieser Energiewende ist die Energieeffizienz. Gerade im Gebäudebereich liegt ein enormes Potential, denn rund 40 Prozent der Energie wird dort verbraucht. Deshalb haben wir umfassende Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz im Gebäudebereich geschaffen. Allein für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stellen wir rund 1,8 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit werden jährlich Investitionen in Höhe von 21 Mrd. Euro ausgelöst. Darüber hinaus haben wir die Mietrechtsnovelle verabschiedet. Davon profitieren sowohl Eigentümer, denen das energieeffiziente Sanieren erleichtert wird als auch die Mieter über sinkende Nebenkosten. Auch die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung schafft Anreize für private Investitionen und stärkt Handwerk und mittelständische Betriebe vor Ort. Ziel muss es sein, weiter für dieses Gesetz zu kämpfen, das bislang am Widerstand insbesondere rot-grün-regierter Bundesländer gescheitert ist.

Um die Energiewende weiter zu entwickeln, braucht es Innovationen und Ideen, neue Speicher, Netze und Verkehrsträger. Dazu braucht es eine starke Forschung. Nur wenn wir weltweit führend bei der Energieforschung sind, werden wir mit dem Umstieg Erfolg haben. Von 2011 bis 2014 wurden die Mittel im Bereich der Energiefor-

schung auf 3,5 Mrd. Euro aufgestockt. Davon werden 200 Mio. Euro für die Forschung in Speichertechnologien, 150 Mio. Euro für Zukunftsfähige Netze und 400 Mio. Euro für Elektromobilität vergeben.

Dennoch bleibt zu beachten, dass die Energiewende kein nationaler Alleingang sein darf, sondern mehr Europa braucht. Das bedeutet, wir müssen den Energiebinnenmarkt stärker ausbauen. Wir brauchen den Ausbau der europäischen Netze, um die Versorgungssicherheit und den Wettbewerb zu gewährleisten. Auch eine bessere europäische Abstimmung der nationalen Fördersysteme für die erneuerbaren Energien muss zwangsläufig vorangetrieben werden. Nur wenn Strom ungehindert über die Grenzen fließen kann und seine europaweite Speichereffizienz verbessert wird, können Schwankungen in der Stromerzeugung besser ausgeglichen werden. Es ist also unsere Pflicht, die Energiewende auf europäischer Ebene voranzutreiben.

Das Gelingen der Energiewende ist entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Die Energiewende macht uns nicht nur unabhängiger von fossilen Energieträgern, die knapper und teurer werden, sondern sie kann auch zum Innovationsmotor für Deutschland werden. Der Umstieg ist somit eine große Chance für Wirtschaft, Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende gelten für uns die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb, Innovation und Technologieoffenheit sind die Schlüssel für eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung.

Thomas Bareiß MdB, Beauftragter der Energiekoordinationsgruppe der CDU/CSU-Bundesfraktion



Foto: dpa | lemm/Münster

Die Europäische Union verbietet jegliche Form von Tierversuchen in Kosmetik – zähe Verhandlungen und Hartnäckigkeit haben sich gelohnt.

Keine Tierversuche für Kosmetika

Tierschutz nimmt in der deutschen Bevölkerung einen immer höheren Stellenwert ein. Daher waren gerade auch in Deutschland Versuche an Tieren für kosmetische Erzeugnisse jahrelang ein sehr umstrittenes und hoch emotionales Thema.

Für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bin ich für Tierschutz zuständig und somit auch für das Thema „Tierversuche“. Ich war die Berichterstatterin des Parlaments für die Tierversuchsrichtlinie, die zum 1. Februar 2013 in deutsches Recht umgesetzt wurde, und somit in den Prozess zum Verbot von Tierversuchen für Kosmetikartikel involviert. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich lange für die stufenweise Einführung eines Verbots von Tierversuchen für Kosmetik- und Pflegeartikel ausgesprochen. Die ersten Schritte zu diesem Verbot wurden im Jahr 2004 gemacht und die letzte Hürde wurde nun am 11. März 2013 genommen: Das Verbot des Verkaufs von „an Tieren getesteten Kosmetikartikeln“ in der ganzen Europäischen Union.

In den letzten Monaten gab es von Seiten der Europäischen Kommission Überlegungen, das Datum des Inkrafttretens des Verbots zu verschieben, da für einige Substanzen keine alternativen Testmethoden vorhanden seien. In Gesprächen mit der Kommission und in verschiedenen Aktionen habe ich mich dafür eingesetzt, das beschlossene Datum beizubehalten. Dies ist zu meiner eigenen und zur großen Zufriedenheit der ganzen CDU/CSU-Gruppe auch gelungen.

Die erste Stufe des Verbots trat am 11. September 2004 in Kraft. Kosmetische Fertigprodukte dürfen seitdem nicht mehr an Tieren getestet werden. Zudem dür-

fen auch für Bestandteile der Kosmetikprodukte keine Versuche mehr an Tieren durchgeführt werden. Seit dem 11. März 2009 dürfen außerdem keine Kosmetika mehr verkauft werden, die als fertiges Produkt oder deren einzelne Bestandteile an Tieren getestet wurden. Dieses sogenannte „Vermarktungsverbot“ sah einige Ausnahmen für Inhaltsstoffe vor, bei denen die Entwicklung von alternativen Testmethoden sich schwierig gestaltete. Seit dem 11. März 2013 gelten diese Ausnahmen jedoch nicht mehr und die in der EU verkauften Kosmetik- und Pflegeartikel dürfen weder ganz, noch teilweise an Tieren getestet worden sein. Dies halte ich für einen großen Erfolg für den Tierschutz, ohne dabei die Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher aus den Augen zu verlieren. Gleichzeitig birgt das Verbot von Tierversuchen durch die Förderung von Forschung und Entwicklung von Alternativmethoden auch große wirtschaftliche Chancen. In den letzten fünf Jahren hat die EU in die Erforschung von alternativen Testmethoden 238 Mio. Euro investiert, weitere 25 Mio. Euro wurden von einer Forschungsinitiative kofinanziert.

Durch das Verbot von Tierversuchen für Kosmetik nimmt die EU nicht nur beim Tierschutz eine Vorreiterstellung ein, auch bei der Entwicklung alternativer Testmethoden, die in Zukunft weltweit gefragt sein werden, haben die EU und insbesondere Deutschland als Forschungsstandort eine wirtschaftlich starke Position inne.



Am 1. Juni startet CDU-Frau Elke Hannack als stellvertretende DGB-Vorsitzende. Kümmern wird sie sich um Bildungs-, Jugend- und Frauenpolitik. In der Union ist sie vor allem für ihr Engagement als stellv. Bundesvorsitzende der CDA bekannt.

Spitzenjob im DGB

Noch kann Elke Hannack vom vierten Stock des ver.di-Hauses bis zum Berliner Fernsehturm gucken, demnächst zieht sie beim Deutschen Gewerkschaftsbund gegenüber der Museumsinsel ein – und ist damit noch ein paar hundert Meter näher am Politikbetrieb rund um den Bundestag. Genau dort will sie ab Juni kräftig mitmischen. Den Draht ins Kanzleramt bringt sie dafür schon mit. Fast sechs Jahre engagierte sich die 51jährige im ver.di-Bundesvorstand für Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarktpolitik, Schwerbehinderte und Migranten, bis sie in diesem März mit 97,6 Prozent zur neuen stellvertretenden DGB-Vorsitzenden gewählt wurde. Mit der Kandidatur habe sie lange gezögert, berichten Unionskolleginnen, erst nach einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel am Rande des Bundesparteitags, ließ sich Hannack aufstellen.

Es ist eine Mischung aus Rationalität, Pragmatismus und verschwiegener Zurückhaltung, die die erfahrene Gewerkschaftsfrau auszeichnet. Ihr Forderungskatalog an die Politik ist lang und für die Union in Teilen äußerst unbequem, aber Hannacks Herangehensweise ist eine angenehm unerwartete: „Warum immer mit ideologischen Maximalforderungen in Verhandlungen gehen? Es muss einem doch vorher genau klar sein, welche Dinge man nur realistisch angehen kann“, erklärt sie, „dann kann man sich direkt eine Menge Vorspiel und Geplänkel sparen. Effizienter ist es auch noch.“

Diese Einstellung und ein Blick auf den Lebenslauf von Elke Hannack genügen, um zu verstehen, dass sie die perfekte Nachfolgerin von Ingrid Sehrbrock ist, die bisher

auf diesem DGB-Spitzenjob saß: Frau, CDU-Mitglied seit 33 Jahren, dazu protestantisch geprägt – ausgerechnet im Münsterland. Sie rackerte viele Jahre als Packerin und Verkäuferin und gründete – gerade 20 Jahre alt – ihren eigenen Betriebsrat im AK Kaufpark Werne an der Lippe. Nebenbei studierte sie elf Semester evangelische Theologie in Münster. Ihre Haltung zum Glauben und zur Kirche war dann auch ausschlaggebend für ihren Eintritt 1980 in die CDU. Die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik führten sie später in die CDA, wo sie sich heute engagiert für Beschäftigteninteressen einsetzt. Von 1982 an kletterte sie die DGB-Leiter hoch – von der Organisations- und Rechtssekretärin bis zur DGB-Kreisvorsitzenden, Geschäftsstellenleiterin und schließlich stellvertretenden Landesvorsitzenden Nordrhein-Westfalen. Erst 2007 wechselte sie zu ver.di, sechs Jahre später geht es jetzt zurück zum DGB.

Der Führungsjob beim Gewerkschaftsdachverband bedeutet in jedem Fall einen Spagat zwischen gewerkschaftlichen Forderungen und den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Union. Hannack, die ihre weiß-grauen Haare sportlich kurz trägt, dazu eine elegante cremefarbene Weste und eine Brille mit auffälligem schwarzen Rand, vertritt deutliche Positionen: Sie ist für eine gesetzliche Frauenquote, „weil alle freiwilligen Verpflichtungen zu wenig oder nichts gebracht haben“. Das Betreuungsgeld hält sie „für kontraproduktiv, weil es „bisher gar keine Wahlfreiheit gibt und es für viele Kinder den Zugang zu frühkindlicher Bildung erschwert“. Die aktuelle

frau & info

Entscheidung für höhere Mütterrenten für Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, unterstützt sie dagegen voll.

Überhaupt geht es ihr darum, dass Frauen ihr eigenes Geld verdienen. Und davon leben können. Ganz oben auf ihrer Agenda steht außerdem eine neue Arbeitsmarktordnung ohne „ausbeuterische 450 Euro-Jobs, dafür Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro und ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeitstellen“. Bei diesen Themen ist sie ganz die kämpferische Gewerkschafterin. Natürlich erklärt sie fast im gleichen Atemzug, dass man die Union mit all dem nicht überfordern dürfe, aber man ahnt, dass sie innerparteilich große Beharrlichkeit an den Tag legen kann, selbst wenn sie bei manchen Forderungen ein Stück zurückrudern müsste.

Sich durchzusetzen und eine hohe Standfestigkeit hat Elke Hannack daheim in Ascheberg-Herbern mit den vier Geschwistern gelernt. Bis heute bewundert sie ihre Mutter, die ebenfalls CDU-Mitglied war und stets weiter als Verkäuferin arbeitete. „Damals und mit fünf Kindern war das schon ungewöhnlich“, erinnert sich Hannack. Ihr Vater war Polizist. Und sie wollte eigentlich Pfarrerin werden.

Inzwischen lebt sie in Berlin und ist mit einer Bürokauffrau verpartnert. Da muss Hannack selbst schmunzeln. Noch so ein Reizthema: Die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Sie findet, „da sollte die Union nicht erst auf weitere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts warten.“

Hannack jedenfalls freut sich schon auf ihren hochpolitischen Spitzenjob beim DGB, den sie im Juni mit Ministergesprächen in allen Ressorts für die sie künftig zuständig sein wird, beginnen will. „Ich bin sehr integrativ und kann sehr gut zuhören, das können Sie mir glauben“, sagt sie beim Abschied. Das stimmt, aber es könnte auch sein, dass man vor der Bundestagswahl noch einiges von ihr hören wird.

Vera Schalck

Du bist das teAM Deutschland!

Die Kandidaten sind nominiert. Der Wahlkampf steht vor der Tür. Das teAM Deutschland ist bereit. Mit etwa 28.000 Mitgliedern waren wir 2009 die größte und erfolgreichste politische Unterstützerkampagne im Bundestagswahlkampf.



Auch 2013 heißt es wieder, alle Kräfte zu mobilisieren und gemeinsam für ein Ziel zu kämpfen: Angela Merkel muss Bundeskanzlerin bleiben! Deswegen braucht das teAM Deutschland Deine Unterstützung.

Was bringt Dir das teAM?

Über das teAMNETZ kann sich Dein Wahlkreisteam einfach und kostenlos organisieren. Der Kandidat und jeweilige teAMleiter erhalten einen Überblick, wer im Wahlkampf in welcher Form aktiv werden möchte. Diesmal kann jeder seine speziellen Einsatzgebiete angeben, sodass jedes teAMmitglied seine Fähigkeiten am besten einbringen kann. Während des Wahlkampfes werden vielfältige Kompetenzen gebraucht – ob direktes Bürgergespräch am Canvassing-Stand, Social Media Betreuung oder Kuchen backen. Wir freuen uns auf Deine Unterstützung!

Im teAMNETZ erhältst Du schnelle, hilfreiche und umfassende Informationen, die Dir im Wahlkampf nützlich sind. Unter der Rubrik „Hinter den Kulissen“ gibt es exklusives Material aus der teAMzentrale für Euch. Und natürlich von Euch aus dem Wahlkampf vor Ort.

Zusammen schaffen wir es, mit jeder Menge Spaß und teAMgeist zahlreiche Bürgerinnen und Bürger für Angela Merkel und die CDU zu mobilisieren. Wir sind ein teAM!

Wer sind meine Ansprechpartner?

Das kernteAM im Konrad-Adenauer-Haus versteht sich selbst als Servicezentrale für die Kandidaten und alle Unterstützer – mit und ohne Parteimitgliedschaft. Dein teAMleiter vor Ort findet in der teAMzentrale jederzeit einen Ansprechpartner, der ihm mit Rat und Tat zur Seite steht. Das kernteAM ist telefonisch unter 030 220700 oder per E-Mail teAM13@cdu.de erreichbar.

Jeder kann mitmachen! Einfach unter www.teAM.cdu.de registrieren und auf www.facebook.com/teamdeutschland liken.



Ob am Equal Pay Day oder beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg – die Frauen Union geht für ihre Ziele auf die Straße. Die Mütterrente, die Frauenquote und die Entgeltgleichheit sind die Themen der Frauen!

Für 8 Millionen Mütter Rentenplus

Equal Pay Day

Bei der zentralen Kundgebung zum Equal Pay Day rückte die Frauen Union der CDU in diesem Jahr die Rentenlücke von Frauen in den Blick. Am Brandenburger Tor feierte die Frauen Union den Durchbruch bei der Mütterrente. Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war mit ihrer Vorsitzenden Rita Pawelski und zahlreichen Abgeordneten vor Ort und konnte so auf die Einigung der Union zur Mütterrente aufmerksam machen.

Wie schon in den letzten Jahren hatten DGB, SoVd und Deutscher Frauenrat zur zentralen Kundgebung zum Motto „Equal Pay Day 2013: Für ein Recht auf Mehr“ aufgerufen. Noch immer bekommen in Deutschland Frauen rund ein Fünftel weniger Entgelt als Männer – und das bei gleicher Leistung. Nur um einen mageren Prozentpunkt ist die Lohnlücke gegenüber dem Vorjahr geschrumpft. Viel zu langsam schrumpft dieser Abstand, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Bei einigen Berufen – beispielsweise im Konditorhandwerk – bekommen Frauen rund ein Drittel weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen.

Für die CDU/CSU-Fraktion sprach deren stellvertretende Vorsitzende Ingrid Fischbach. Sie betonte, ein einzelnes Gesetz werde nicht ausreichen, um zu mehr Entgeltgleichheit zu kommen. Die Union habe ein Bündel von Maßnahmen angestoßen, um zu Lohn- gleichheit zu kommen. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehörten ebenso dazu, wie der Ausbau der Kinderbetreuung für Unter-3-Jährige. Sie forderte eine leistungsgerechte Bezahlung für alle. Muskelkraft sei nicht nur für den Maurer wichtig, sondern auch für die Pflegekraft.

CDU-TV hat ein Video dazu gedreht, das Sie sich auf unserer Homepage oder auf unserer Facebookseite anschauen können.



Kirchentag in Hamburg

Mit einem Gottesdienst im Stadtpark ging der 34. Deutsche Evangelische Kirchentag in Hamburg zu Ende. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökumene waren die Hauptthemen der Veranstaltung. Im Schlussgottesdienst rief der britische Bischof Nicholas Baines die 130 000 Teilnehmenden zu einem bescheideneren Lebensstil auf und erinnerte damit wieder an die Losung des Kirchentages „Soviel Du brauchst“.

Die Unionsfamilie war auf dem Markt der Möglichkeiten wieder gut vertreten. Der Frauen Union der CDU war es ein wichtiges Anliegen, mit den Christinnen und Christen ins Gespräch zu kommen. So tagte auch der Bundesvorstand der Frauen Union in der Hansestadt und stand mit der Vorsitzenden Maria Böhmer am FU-Stand für Gespräche zur Verfügung. Die bessere Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Rente war das beherrschende Thema. Ein Rentenplus für 8 Millionen Mütter von 28 Euro pro Kind monatlich mehr (Ost 25 Euro) ist eine starke Botschaft!





Das Mentoring-Programm und die Virtuelle Akademie der Frauen Union der CDU werden zusammengeführt. Unter dem Motto „Fit für Politik“ geht es weiter. Fragen an die Mentoring-Beauftragte des FU-Bundesvorstandes Karin Wiedemann, Staatssekretärin a. D.

Fit für Politik

Was verändert sich bei den Frauenförderprogrammen der Frauen Union?

„Fit für Politik“ nimmt die Erfahrungen unserer bisherigen Fortbildungsprogramme auf, vereint das Mentoring mit der Virtuellen Akademie und erweitert die Möglichkeiten zur maßgeschneiderten politischen Weiterbildung unter einem Dach. Das Programm stützt sich auf vier Säulen wie das neue Logo zeigt:

- I. Digitales Lernen am eigenen Schreibtisch;
- II. Das Mentoring, das auf die Weitergabe von Erfahrungen, das Erleben der Politik im praktischen Alltag und den Aufbau persönlicher Netzwerke setzt;
- III. Die Virtuelle Akademie, die individuelle fachliche Fortbildung durch Selbststudium oder Seminare erlaubt;
- IV. Persönliche Beratung für den individuellen Erfolgsplan.

Wer ist die Zielgruppe des Programms?

„Fit für Politik“ als individuell gestaltbares Projekt mit flexiblen Fortbildungsmodulen ist für alle Frauen nutzbar, die politische Verantwortung tragen oder übernehmen wollen. Anders als für CDU-Nachwuchsprogramme in einigen Bundesländern gibt es bei uns weder eine begrenzte Teilnehmerzahl noch eine Altersgrenze. Die Erfahrung zeigt, dass Frauen auf Grund ihrer beruflichen und famili-

ären Situation häufig erst später zur Politik kommen und dann nicht mehr an den CDU-Nachwuchsprogrammen teilnehmen können.

Welche Ziele will die Frauen Union mit „Fit für Politik“ erreichen?

Die Frauen Union verfolgt das Ziel, mehr Frauen in verantwortungsvolle Positionen zu bringen, sei es in Politik, Verwaltung oder Wirtschaft. Als einen wirksamen Weg dazu sehe ich unsere Weiterbildungsangebote. Sie vermitteln Sicherheit im politischen Handwerk und stärken das Selbstvertrauen. Fortbildungsprogramme sind zudem Element einer lebendigen Mitgliederpflege und kommen der CDU zu Gute.

Wie muss ich als Interessentin vorgehen? Wer ist meine erste Ansprechpartnerin?

Interessentinnen für das digitale Lernen zu Hause (Säule I) besuchen die Homepage der Frauen Union www.frauenunion.de. Sie loggen sich mit Mitgliedsnummer und Passwort ein. Dort finden sie PowerPoint-Präsentationen mit verschiedenen Themen für die individuelle Fortbildung zu Hause.

Das Mentoring (Säule II) wird von den Landes- oder Bezirksverbänden organisiert. Frau wendet sich über ihre Landesgeschäftsstelle an die Landeskoordinatorin.

frau & info



Jeweils für sechs Monate verbinden sich Mentee und Mentorin oder Mentor. Daneben wird ein Begleitprogramm mit Seminaren und Besuchen angeboten.

Seminare vor Ort (Säule III) können von einzelnen Gliederungen der Frauen Union auf Orts-, Kreis- oder Landesebene gebucht werden. Bewährte Referentinnen und Referenten sind auf der Homepage der Frauen Union zu finden: www.frauenunion.de.

Wer persönliche Beratung sucht (Säule IV), wendet sich an mich als Bundeskoordinatorin des Programms, zu erreichen über die Bundesgeschäftsstelle: christiane.herder@cdu.de oder Tel. 030 22070-454.

Was unterscheidet das Programm der Frauen Union von anderen Coaching- oder Mentoring-Programmen? Anders als bestehende Fortbildungsangebote beruht „Fit für Politik“ auf strenger Nutzerorientierung, die es erlaubt, die Fortbildung thematisch, örtlich und zeitlich ganz nach den eigenen Bedürfnissen und zeitlichen Möglichkeiten zu gestalten. Weite Teile des Programms sind kostenfrei nutzbar. Nur für Seminare oder Reisen sind eigene Beiträge erforderlich.

Warum setzen Sie sich für „Fit für Politik“ ein? Mehr Frauen in verantwortlichen politischen Positionen werden auch die Lebenswirklichkeit von Frauen stärker zur Geltung zu bringen. Dieses Ziel der Frauen Union ist aller Mühen wert. Meine Erfahrung als Landesvorsitzende der FU in Schleswig-Holstein bei der Organisation des Mentoring zeigt, dass engagierte Teilnehmerinnen viel erreichen können. Sie bekleiden inzwischen verantwortungsvolle Positionen, so als Bürgermeisterinnen oder Abgeordnete der Kreistage. Manche sind auf dem Sprung in den Landtag. An dieser Entwicklung mitzuwirken, ist mir eine große Freude.

Alles Gute!

Ingrid Sehrbrock übergibt zum 1. Juni 2013, ihrem 65. Geburtstag, den Staffelstab an ihre Nachfolgerin als DGB-Vize Elke Hannack. Seit 2006 war sie für Bildung und Forschung, Jugend, Frauen sowie Beamte und den öffentlichen Dienst verantwortlich. Mit Erreichen der Altersgrenze scheidet Ingrid Sehrbrock jetzt aus dem DGB-Vorstand aus. Eine vielseitige politische und berufliche Laufbahn, die immer auch mit der Frauenpolitik verbunden war, liegt hinter ihr. In der Frauen Union konnte sie die spannenden Jahre der Wiedervereinigung mitgestalten. Von 1989-1997, der Stunde der deutsch-deutschen Frauen-Union, setzte Ingrid Sehrbrock als Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union der CDU sowie als Leiterin der Abteilung Frauen- und Familienpolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle wichtige Akzente. Die Wirtschaftswoche beschreibt sie als begeisterte Musikliebhaberin mit einem besonderen Interesse für Architektur und (englische) Literatur. Sie liebt die Natur und schöne Gärten sowie meditative Texte von David Steindl-Rast und Anselm Grün. Die Frauen Union gratuliert herzlich zum Geburtstag und wünscht alles Gute für den weiteren Lebensweg!



Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-123 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98) · Konto-Nr.: 7510183 · Postbank Köln (BLZ 370 100 50) · Konto-Nr. 193795-504 · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

FU!

FU!

Deutschland in guten Händen

Chefin – na klar!

CDU

FU!

Unterstützen Sie
uns mit 5 Euro!

Senden Sie
FRAUENUNION
als SMS an die
Kurzwahl **81190**

Herzlichen Dank!

Von jeder SMS gehen
4,83 € direkt an die
Frauen Union der CDU
Deutschlands. Für Sie
kommen lediglich die
Kosten einer Standard-
SMS hinzu.

Beachten Sie:
erhalten keine
Quittung.

in der CDU Deutschlands
straße 8 · 10785 Berlin
070-452 · Telefax 030 22070-439
www.frauenunion.de

CDU

Bestellung des Lesezeichens

Frauen Union der CDU | Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
E-Mail: fu@cdu.de oder Fax: 030 22070-439

CDU